



REPUBLIK ÖSTERREICH
DATENSCHUTZRAT

1/SN-397/ME

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0222) 531 15/0

Fax. (0222) 531 15 2690

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 816.742/2-DSR/94

Dr. SAUTNER
2769

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament

1010 W i e n

BUNDESGESETZESENTWURF	
63	GE/19
Datum: 18. OKT. 1994	
Vorlegt: 19. Okt. 1994	

u *Dr. Illing*

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz
1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbediensteten-
gesetz 1948 u.a. geändert werden;

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des
Datenschutzrates zum im Betreff genannten Gesetzesentwurf
übermittelt.

Anlagen

14. Oktober 1994
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.A. SAUTNER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Wiesinger



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Te1. (0222) 531 15/0

Fax. (0222) 531 15 2690

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 816.742/2-DSR/94

Dr. SAUTNER
2769

An das
Bundeskanzleramt
Sektion II

Ballhausplatz 2
1014 W i e n

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz
1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbediensteten-
gesetz 1948 u.a. geändert werden;
do. GZ 920.196/4-II/A/6/94

Der Datenschutzrat hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 1994
beschlossen, zum og. Entwurf folgende Stellungnahme abzugeben:

Zu § 1a BDG, § 1a GG, § 1a VBG:

Diese Bestimmungen erscheinen aus folgendem Grund entbehrlich:
Gemäß § 6 DSG dürfen Daten zum Zwecke des
automationsunterstützten Datenverkehrs ermittelt und
verarbeitet werden, wenn dafür eine ausdrückliche gesetzliche
Ermächtigung besteht (1. Halbsatz), oder soweit dies für den
Auftraggeber zur Wahrnehmung der ihm gesetzlich übertragenen
Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung bildet (2. Halbsatz).

Da die automationsunterstützte Verarbeitung der
Dienstnehmerdaten für Zwecke der Vollziehung des BGD, GG bzw.
VBG eine wesentliche Voraussetzung bildet, erscheinen die
Voraussetzungen des § 6 2. Halbsatz DSG erfüllt und bedarf es
keiner darüber hinausgehenden ausdrücklichen gesetzlichen
Ermächtigung. Sollen die §§ 1a BDG, GG und VBG allerdings als

- 2 -

Ermächtigungen iSd 1. Halbsatzes des § 6 DSG gelten, so sind die Bestimmungen zu unbestimmt; insbesondere fehlt eine ausdrückliche Aufzählung der zu verarbeitenden Datenarten.

25 Kopien dieser Stellungnahme wurden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

14. Oktober 1994
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.A. SAUTNER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Wiesinger